Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 2 (1910)

Heft: 6

Rubrik: Kongresse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

sen der Arbeitgeber als wünschenswert anerkannten Ziele internationaler Regulierung der Arbeitszeit. *Wer sonst gelegentlich seine Arbeiterfreundlichkeit heraushänge, der wird mit den Arbeitern vor allem in solchen Zeiten sympathisieren, wo sie innerhalb der legalen Mittel, die ein freies Gemeinwesen ihnen gewährt, um ihre ökonomische und soziale Besserstellung ringen.*»

Ueber das Streikpostenverbot des Zürcher Stadtrates hat sich der « Landbote » wie folgt ausgelassen: « Der Zürcher Stadtrat hat dadurch zum *allermindesten* den Schein *einseitiger Parteinahme* sich zugezogen, was in amtlicher Verfügung einer Behörde, die über das Wohl *aller* Volksklassen wachen soll, nicht vorkommen sollte. Es kann nicht zur *friedlichen* Abwicklung der sozialen Frage dienen, wenn die Behörden aus ihrer Objektivität heraustreten und gegen *diejenigen* Partei ergreifen, die schon von Natur aus, das heisst mit Bezug auf ihre Hilfsmittel, *die schwächeren sind* und auf durchaus legalem Wege eine ökonomische Besserstellung zu erreichen suchen. Der Kampf zwischen den Schlossermeistern und ihren Arbeitern ist eine Sache zwischen diesen beiden, die vorläufig den Stadtrat nichts angeht. *Es ist sogar möglich, dass gerade durch das Vorgehen des Stadtrates die Meister in ihrem ablehnenden Verhalten bestärkt worden sind und ohne jene Verfügung sich willfähriger gezeigt hätten.*»

Die Parteinahme der Behörden führte in der Folge bekanntlich dazu, dass die Polizei am 15. Juni in eine demonstrierende Volksmenge hineinschoss, zwei Knaben verwundete und einen Holzarbeiter aus Bern, namens Fischer, erschoss. Der « Landbote » wies scharf und unerbittlich nach, dass die Regierungsorgane die Bluttat verschuldet hatten, sein Redakteur Dr. Locher, der heutige Regierungsrat, tat dies nicht minder rücksichtslos in einer Protestversammlung am 20. Juni in der « Tonhalle », die von etwa 5000 Arbeitern besucht war.

Im zürcherischen Kantonsrat hielt Herr Locher eine grosse Rede, in der er die ganze Entwicklung des Kampfes und den schlimmen Einfluss der parteiischen Handlungen der Behörden schilderte. Gegenüber den Angriffen der reaktionären Ratsmitglieder auf seine Haltung erklärte er stolz und feierlich: « *Ich werde nicht aufhören, im Kampfe nicht auf Seite derjenigen mich zu stellen, die die Macht, den Reichtum, die Behörden wie die « Richter » für sich haben, sondern auf Seite des schwächern Teils, der die Mühseligkeiten des Lebens trägt, aber das Recht für sich hat.*»

Und Herr Dr. Forrer, Advokat in Winterthur, heute Bundesrat, liess sich in der Kantonsratsdebatte also vernehmen:

« Sie wollen die Ordnungspartei par excellence sein; das sind Sie gar nicht. Wer jeweilen Meister ist, steht für die « Ordnung » ein; die jeweilige Minderheit ist revolutionär gestimmt. In der ganzen Welt und auch im Kanton Zürich.... Heute besitzen Sie die Mehrheit in diesem Saale und in der Regierung; deshalb sind Sie *heute* für die Ordnung begeistert. Das geht so auf und ab... Der Streik ist ein Mittel im Kampf zwischen Kapital und Arbeit. *Sie stellen sich auf die Seite des Kapitals.... Das Kapital hat ja für sich: die Männer der Wissenschaft, die Männer der Kunst, ja die Schönheit.* Also machen Sie mit! *Ich aber als unabhängiger Mann mache nicht mit* und bitte Sie dafür um Entschuldigung. Was wollen denn die Schlossergesellen? Die Zehnstundenarbeit, soviel ich weiss. Es handelt sich also um Boutique-Arbeit von zehn Stunden oder mehr. Meine Herren! Wir sollen als die Auserwählten des Volkes die Blüte der Leistungsfähigkeit des Mannes darstellen. *Keiner von uns ist berechtigt, von seinen Mitbürgern eine grössere Leistung zu verlangen als seine eigene. Wer also in diesem Saale gegen den Streik, also gegen die Zehnstundenarbeit stimmt, der bezeugt mit diesem Votum, dass er selbst regelmässig mehr als zehn Stunden täglich arbeitet,* wohlverstanden nicht spaziert, sondern arbeitet. Ich selbst muss zu meiner Beschämung gestehen, dass ich für mich jenes Zeugnis nicht ablegen könnte.» (Schluss folgt.)

Kongresse.

Schweizerischer Typographenbund.

Ueber die Pfingsttage hielt der *Schweizerische Typographenbund seine 52. Generalversammlung in Solothurn* ab. Am Samstag fand vorgängig der letztern eine Delegiertenversammlung statt, an der — mit Ausnahme von Sitten — sämtliche 25 Sektionen vertreten waren, die sich in der Hauptsache mit dem aufgestellten Entwurf für einen *paritätischen Arbeitsnachweis* zu befassen hatte. Im allgemeinen wurde der Vorlage zugestimmt, doch sollen die Vertreter bei den weiteren Unterhandlungen mit den Kontrahenten einige Verbesserungen anzubringen suchen.

Am Sonntagmorgen rückte dann das «Gros» des Verbandes an; es mögen über 1000 Mann gewesen sein. Die Bevölkerung Solothurns bezeugte ihre Sympathie für die Jünger Gutenbergs durch Beflaggen der Häuser — die öffentlichen Gebäude nicht ausgenommen. Die Verhandlungen dauerten von morgens 10 bis nachmittags 3 Uhr.

Der Geschäftsbericht und die verschiedenen Rechnungen wurden anstandslos genehmigt und die *Totalrevision der Statuten und Reglemente* beschlossen. Dagegen konnte sich die Versammlung mit einer vom Zentralkomitee beantragten Steuererhöhung von 10 Cts. per Woche nicht befreunden, doch soll bei der Revision der Statuten die Erhöhung des Beitrages in Wiedererwägung gezogen, dann aber zugleich die Erhöhung der Unterstützungen bei Arbeitslosigkeit geprüft werden. Ebenso wurde ein gestellter Antrag auf *Erhöhung des Beitrages*

an die sozialdemokratische Partei abgelehnt, dagegen dem Zentralkomitee Kompetenz erteilt, bei grossen politischen Aktionen entsprechende Beiträge aus der Verbandskasse zu bewilligen. Die grosse Arbeitslosigkeit im Buchdruckerberuf — speziell Maschinenmeister (Drucker) — zeitigte den Beschluss, es sei das Lehrlingsregulativ einer Revision zu unterziehen. Eine Motion, ob nicht eine Regelung des Redaktionsverhältnisses im Sinne einer Erleichterung der Arbeit des Redakteurs des Verbandsorganes stattfinden könne, wurde erheblich erklärt. Die Versammlung genehmigte sodann die Beschlüsse der Delegiertenversammlung betreffend den paritätischen Arbeitsnachweis und den Organisationsvertrag mit dem Verein der Schweizerischen Buchdruckereibesitzer. Bern bleibt Vorort und Aarau stellt wieder die Revisionskommission. Als Ort der nächsten Generalversammlung wurde Basel bestimmt.

* * *

Am Pfingstsonntag hielten die Maschinensetzer ihre III. Generalversammlung in der «Metzgerhalle» in Solothurn ab. Es hatte kaum 1/4 9 geschlagen, als der Vorsitzende der Zentralkommission, Kollege *Lang*-Zürich, die Versammlung eröffnete. Die meisten Sektionen waren durch Delegierte vertreten. Das Zentralkomitee des Typographenbundes hatte als Vertreter den Kollegen *Bosshardt* entsendet. Jahresbericht und Rechnung wurden nach kurzer Diskussion, die sich auf die Statistik bezog, genehmigt. Der Antrag der Sektion Zürich auf Herausgabe von Erläuterungen zu den wichtigsten Punkten des Tarifes, begründet durch den Kollegen *E. Schmid,* wurde einstimmig angenommen. Die Zentralkommission stand ihm sympathisch gegenüber und liess ihre Ansicht über die Art dieser Publikation durch den Kollegen Ernst *Schäfer* begründen. Nicht so gut ging es dem Antrage des Maschinensetzervereins Solothurn-Aargau, der die Zentralkommission beauftragen wollte, mit dem Zentralkomitee des Typographenbundes in Verbindung zu treten zwecks Einführung der Prüfung frisch ausgelernter Maschinensetzer. Der Antrag wurde mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Als Vorort wurde einstimmig Zürich bestätigt. Dann wurde noch eine von der Maschinensetzervereinigung St. Gallen durch den Kollegen *Schuhwerk* eingebrachte Motion erheblich erklärt, durch die die Zentralkommission eingeladen wird, die Frage der Einführung einer einheitlichen Mitgliederkarte zu prüfen und der nächsten Generalversammlung Bericht und Antrag zu stellen. Unter Verschiedenem wurden noch einige Anregungen und Wünsche interner Natur zu Gehör gebracht. So konnte der Vorsitzende kurz vor 11 Uhr nach etwas mehr als zweistündiger Dauer die Verhandlungen schliessen, die einen schönen und erfreulichen Verlauf nahmen.

Metallarbeiterverband.

Der 17., in Baden abgehaltene Metallarbeiterkongress war von 121 Delegierten besucht. Vom Gewerkschaftsbund und den ausländischen Bruderverbänden waren Vertreter anwesend. Sämtliche Anträge auf Einführung einer zweiten Beitragsklasse oder Einführung von Staffelbeiträgen wurden nach lebhafter Diskussion mit grossem Mehr abgelehnt. Der Antrag des Zentralvorstandes auf Schaffung eines Reservefonds von 100,000 Fr. wurde angenommen. Ebenso fand ein Antrag der Sektion Bern, die Wahl eines erweiterten Zentralvorstandes behufs Erledigung wichtiger Angelegenheiten betreffend, die Zustimmung des Kongresses. Betreffs Aufklärung über Akkordarbeit wurde der Zentralvorstand beauftragt, eine Broschüre über Akkordarbeit herauszugeben. Ueber die Einführung des Neunstundentages in der ganzen schweizerischen Maschinenindustrie referierte im Auftrage des Zentralvorstandes Genosse Dürr. In der reichlich benutzten Diskussion befürworteten die Winterthurer Delegierten die Einführung der englischen Arbeitszeit für den Platz Winterthur. Der Zentralvorstand wurde beauftragt, eine Eingabe zu machen, um zu bewirken, dass im neuen Fabrikgesetz in der Voraussicht, dass eine weitere Revision nicht so bald wieder erfolgen dürfte, die Möglichkeit geschaffen wird, die englische Arbeitszeit einzuführen.

Ferner wurde nachstehende, vom Zentralvorstande beantragte Resolution einstimmig angenommen:

«Der Kongress betrachtet die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit in der gesamten Metall- und Maschinenindustrie aus kulturellen und sozialen Gründen als eine unbedingte Notwendigkeit. Er ist auch davon überzeugt, dass dieses Postulat ohne Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie durchgeführt werden kann. Nach den bisher gemachten Erfahrungen erscheint es jedoch als ausgeschlossen, dass die Unternehmer der Metallindustrie der Einführung der neunstündigen Arbeitszeit freiwillig zustimmen werden.

«Der Kongress appelliert daher an alle Verbandssektionen, unverzüglich eine lebhafte Propaganda zu entfalten, um die uns noch fernstehenden Metallarbeiter zu organisieren.

«Der Zentralvorstand wird beauftragt, zu geeigneter Zeit mit dem Arbeitgeberverband schweizerischer Maschinenindustrieller behufs Einführung der neunstündigen Arbeitszeit in ihren Betrieben in Unterhandlung zu treten und alle ihm gutscheinenden Massregeln zu deren Durchführung zu ergreifen.

«Den Sektionen wird zur Pflicht gemacht, ihre ganze Tätigkeit auf die Mittel zur Erringung des Neunstundentages zu konzentrieren.»

Sämtliche Anträge betreffend Gründung von Berufsgenossenschaften oder Finanzierung derselben wurden nach lebhafter Debatte fast einstimmig abgelehnt. Als Vorort wurde wieder *Bern* und als Sitz der Beschwerdekommission Lausanne bestimmt.

Delegiertenversammlung des Schweizerischen Arbeiterinnenvereins.

In Zürich fand Sonntag den 22. Mai die Delegiertenversammlung des Verbandes schweizerischer Arbeiterinnenvereine statt, welche von sämtlichen (auch den kleinsten) Sektionen beschickt war. Der Jahresbericht, von der Verbandsleitung erstattet, konstatierte mit Genugtuung einen namhaften Mitgliederzuwachs bei den meisten Vereinen. Der Verband zählt infolgedessen heute schon über 800 Mitglieder. Im nächsten Jahre darf bestimmt erwartet werden, dass der Verband das erste Tausend überschreiten wird. Die Kassarechnung, erstattet von der Winterthurer Finanzleitung, fand ihre Genehmigung.

An der Nachmittagssitzung kam der Antrag des Zentralvorstandes auf Anschluss des Arbeiterinnenverbandes an den Schweizerischen Gewerkschaftsbund zur Behandlung. In der Diskussion wurde von allen Seiten betont, dass die Arbeiterinnenvereine als solche politischen Charakter tragen und in erster Linie auch politische Aufgaben zu erfüllen haben. Ein Anschluss an die gewerkschaftliche Landeszentrale, wie ihn der Zentralvorstand, entgegen aller Logik, befürwortet, liesse sich also in keiner Weise rechtfertigen. Zur Lösung gewerkschaftlicher Aufgaben sollen sich die Mitglieder der Arbeiterinnenvereine den gewerkschaftlichen Zentralverbänden anschliessen und überhaupt für die Ausbreitung des gewerkschaftlichen Gedankens bei dem weiblichen Proletariat nach Kräften überall tätig sein, als Arbeiterinnenvereine aber dem politischen Emanzipationskampfe der arbeitenden Frauen die Hauptaufmerksamkeit widmen. Dass auf diesem ureigensten Gebiete der Arbeiterinnenvereine bei uns in der Schweiz noch so gut wie alles zu

tun ist, wird niemand leugnen wollen. Nicht mit Unrecht wurde auf der Delegiertenversammlung ausgeführt, dass die politischen Instanzen aller Kantone und namentlich auch die schweizerische Parteileitung bis heute noch sehr wenig von Frauen beeinflusst sind, während die Genossen doch die Pflicht hätten, der politischen Emanzipation der Frauen alle Aufmerksamkeit und Unterstützung zu schenken.

Mit grosser Mehrheit wurde schliesslich auch der Antrag des Zentralvorstandes auf Anschluss an den Gewerkschaftsbund bachab geschickt und damit die Bewegung der schweizerischen Arbeiterinnenvereine in jene Bahn gelenkt, in der sie bei der bunten Zusammensetzung der schweizerischen Arbeiterinnenvereine allein imstande ist, Erspriessliches zu leisten: in die politische.

Im ferneren wurde beschlossen, die Erhöhung des Beitrages der Sektionen an die Zentralkasse einer Urabstimmung zu unterbreiten, damit das Verbandsobligatorium der Vorkämpferin und eine Unterstützungskasse eingeführt werden könnten. An den internationalen Kongress in Kopenhagen soll eine Delegation entsandt werden.

Anmerkung der Redaktion. Auch das Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes nimmt den Standpunkt ein, dass der Arbeiterinnenverband als solcher dem Gewerkschaftsbund nicht angeschlossen werden könne, dass nur Gewerkschaftsverbände aufzunehmen seien.

Vom italienischen Einwandertum.

Dass die italienischen Einwanderer nicht mehr ein fügsames, unterwürfiges Streikbrecher- und Lohndrücker-Material darstellen, braucht wohl kaum noch bewiesen zu werden. Der musterhafte, disziplinvolle Streik in Winterthur wird zweifelsohne dazu beitragen, die Achtung und die Anerkennung, die die italienischen Arbeiter sich bereits unter den schweizerischen Kollegen errungen haben, zu vergrössern und zu vertiefen. Die grosse Kraftprobe, der das deutsche Bauunternehmertum die deutschen Bauarbeiter unterwirft, indem es ihre glänzende Organisation zu zertrümmern und ihr Klassenbewusstsein tödlich zu verletzen sucht, wird hoffentlich zum Vorschein bringen, dass die italienischen Arbeiter sich ihrer Pflichten bewusst sind und sich keineswegs zum Verrat hergeben.

Dass dem so ist und im Verhalten der italienischen Arbeiter ein so grosser Umschwung stattgefunden hat, ist hauptsächlich der Agitation und Organisation, die unsere italienischen Parteigenossen unter den auswandernden Italienern führen, zuzuschreiben. Um sich dessen zu überzeugen, braucht man nur einen Vergleich anzustellen zwischen den Arbeiterschichten, die in die Schweiz, nach Deutschland, nach Oesterreich auswandern und denjenigen, die sich nach Amerika begeben. Die ersteren stammen fast ausschliesslich aus Norditalien, wo die Industrie bereits eingezogen, wo der Analphabetismus gesunken und das allgemeine materielle, geistige Niveau der Arbeiter sich Hand in Hand mit der ökonomischen und politischen Organisation und Aufklärung immer mehr entwickelt, die zweiten stammen aus den Südprovinzen, meistens aus den Abruzzen, wo von Industrie, von geregelten Lebens- und Arbeitsbedingungen keine Rede ist, wo der Analphabetismus mitunter 85 % erreicht, wo selbstverständlich von Organisation, von Aufklärung, von Klassenbewusstsein keine Rede sein kann. Uebrigens genügt es, einer Auswander- und Abschiedsszene der italienischen Arbeiter beizuwohnen oder aber sich Näheres ihrer Reise beziehungsweise Ankunft im Ausland zu beobachten, um den angedeuteten tiefen Unterschied wahrzunehmen. Die bereits vom Hauche der modernen Arbeiterbewegung berührten Auswanderer verlassen ihre Heimat in ruhiger, würdevoller Stimmung. Um so tiefer ist der Kummer und der Groll, der sie beseelt, aber nicht im Schimpfen über ihr « Schicksal » oder im Fluchen, im Trinken oder im Singen geben sie ihren Gefühlen Ausdruck. Ein jedes Wort, das sie an die Hinterbleibenden richten beweist, dass sie sich des tiefen Ernstes der Lage bewusst sind. Sie ziehen ins Ausland, verlassen ihre Angehörigen als Opfer der sozialen Ungerechtigkeit und geloben, dieselbe zu bekämpfen, um ihren Kindern das bittere Auswandererlos zu ersparen. Schon in ihrem Aeussern prägt sich Klassenbewusstsein und persönliche Würde aus. Sauber gekleidet, mit sauberem Reisegepäck, mit Zeitungen und Zeitschriften ausgerüstet, stehen sie auf dem Niveau des modernen Arbeiters.

Wie verschieden die Verhältnisse, wenn die noch rückständigen Elemente ihr Land verlassen! Auf dem Bahnhofe wird gesungen, gepfiffen, gespielt, die rauhen Stimmen der bereits von Wein berauschten Männer und Jünglinge befleissen sich intensiv, das Weinen und Heulen der hinterbleibenden Mütter, Frauen und Kinder zu überwältigen.

So wilde Szenen, in denen die Menschen sich bemühten, im Wein und Geräusch ihr bitteres Los zu vergessen, ohne über dasselbe nachgedacht zu haben, erinnern an die Tage, in denen die Söhne des Volkes ihre « Pflicht dem Vaterland gegenüber » zu erfüllen haben, ihrem Soldatenschicksal entgegengehen. Es wird getrunken, geheult, die jungen Leute ergehen sich in lauter sinnloser, oft auch obszöner Heiterkeit, und zwar um mehr oder weniger bewusst sich über die Sinnlosigkeit, die Oede und die Erniedrigung des sie erwartenden Kasernenlebens hinwegzutäuschen. So auch der Auswanderer. Er unterwirft sich der Notwendigkeit wie dem Schicksale, flucht über dasselbe und sucht in Sinnesberauschung das Gefühl des Kummers, das Heimweh, die Unruhe zu vergessen. In seinem Aeussern spiegelt sich sein Wesen ab: schmutzig, nach-